



Amtsblatt

H 20151 B

für den

Landkreis Hannover

JAHRGANG 1990

HANNOVER, DEN 19. JULI 1990

NR. 29

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER

— — —

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Gemeinde Burgwedel

4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Burgwedel 255

4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Gewerbegebiet I“ in der
Ortschaft Großburgwedel 255

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 „von-Alten-Straße Nord“
in der Ortschaft Großburgwedel 255

Bebauungsplan Nr. 85 „Würmsee“ in der Ortschaft Kleinburgwedel 256

Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung für einen Teilbereich des Bebauungs-
planes Nr. 85 „Würmsee“ in der Ortschaft Kleinburgwedel 256

2. Gemeinde Isernhagen

Bekanntgabe des Beschlusses über die Jahresrechnung 1988 sowie über
die Entlastung 257

1. Nachtragshaushaltssatzung 1990 257

3. Stadt Pattensen

Bauleitplanung der Stadt Pattensen 257
Inkrafttreten der 2. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 501

4. Stadt Springe

I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 1990 258

Abschlußprüfung 1988/89 der Stadtwerke Springe GmbH 259

Vorbereitende Bauleitplanung der Stadt Springe 259
Bekanntgabe der Genehmigung der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes
der Stadt Springe gem. § 6 (5) Baugesetzbuch

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch die o.g. Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Burgwedel, den 06.07.1990
61 26 02-85 Gr/My.

GEMEINDE BURGWEDEL
Schönhoff
Gemeindedirektor

2. Gemeinde I s e r n h a g e n

Bekanntgabe des Beschlusses über die Jahresrechnung 1988 sowie über die Entlastung

Am 5.07.1990 hat der Rat der Gemeinde Isernhagen gem. § 101 (1) NGO über die Jahresrechnung 1988

§ 1

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschließlich der Nachträge gegenüber bisher nunmehr festgesetzt auf	
	DM	DM	DM	DM
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	1.818.000	—	48.722.200	50.540.200
die Ausgaben	1.818.000	—	48.722.200	50.540.200
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	3.214.600	—	18.751.800	21.966.400
die Ausgaben	3.214.600	—	18.751.800	21.966.400

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 1990 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird nicht verändert.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 1.712.000 DM um 617.300 DM erhöht und damit auf 2.329.300 DM neu festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 8.000.000 DM um 300.000 DM erhöht und damit auf 8.300.000 DM neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze werden nicht geändert.

§ 6

Wird nicht geändert.

Isernhagen, 07.06.1990

GEMEINDE ISERNHAGEN

Thies
Bürgermeister

Loos
Gemeindedirektor

beschlossen und dem Gemeindedirektor die Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung 1988 mit dem Rechenschaftsbericht liegt gemäß § 101 (2) NGO in der Zeit vom 6.08. – 14.08.1990 in der Kämmerlei der Gemeinde Isernhagen, Bothfelder Str. 33, 2. OG, Zimmer 212 öffentlich aus.

Isernhagen, den 10.07.1990

GEMEINDE ISERNHAGEN
Der Gemeindedirektor
Loos

1. Nachtragshaushaltssatzung 1990

Aufgrund des § 87 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Isernhagen in der Sitzung am 07.06.1990 folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1990 beschlossen:

Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung

Die vorstehende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1990 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 91 Abs. 4 NGO erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Hannover am 4.07.90 unter dem Aktenzeichen 15/15 14 21/1 (7) erteilt worden.

Der Nachtragsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO vom 6.08. bis 14.08.90 zur Einsichtnahme in der Kämmerlei der Gemeinde Isernhagen, Bothfelder Str. 33, 2. OG., Zimmer 215, öffentlich aus.

Isernhagen, 10.07.1990

GEMEINDE ISERNHAGEN
Loos
Gemeindedirektor

3. Stadt P a t t e n s e n

Bauleitplanung der Stadt Pattensen Inkrafttreten der 2. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 501

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 21.12.1989 die 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 501 als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Das Gebiet der Bebauungsplanänderung umfaßt das Grundstück

An der Droth 2, Flur 2, Flurstück 157/15, Gemarkung Koldingen.

Eine Verletzung von Rechtsvorschriften gem. § 11 Abs. 3 BauGB wurde nicht geltend gemacht.

Die Änderung des Bebauungsplanes liegt mit Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Stadtplanungsamt, Verwaltungsgebäude Marienstraße 2, Zimmer 003, öffentlich aus und kann während der Sprechzeiten, montags bis freitags von 9.00 – 11.30 Uhr, donnerstags von 16.00 – 18.00 Uhr, eingesehen werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch die Änderung des Bebauungsplanes eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 u. 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der

Stadt geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen (§ 215 Abs. 1 u. 2 BauGB).

Mit dieser Bekanntmachung wird die 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 501 rechtsverbindlich.

Pattensen, 28.06.1990

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Storz

4. Stadt Springe

I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 1990

Aufgrund des § 87 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Stadt Springe in seiner Sitzung am 07. Juni 1990 folgende **1. Nachtragshaushaltssatzung** für das Haushaltsjahr 1990 beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge gegenüber bisher nunmehr festgesetzt auf	
	DM	DM	DM	DM
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahme	2.905.600	—	56.967.700	59.873.300
die Ausgabe	2.905.600	—	56.967.700	59.873.300
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahme	3.884.300	—	20.129.300	24.013.600
die Ausgabe	3.884.300	—	20.129.300	24.013.600

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 3.968.300 DM um 168.900 DM erhöht und damit auf 4.137.200 DM neu festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 4.675.000 DM um 607.000 DM erhöht und damit auf 5.282.000 DM neu festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite aufgenommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag nicht verändert.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

§ 6

Die Festsetzung der Wertgrenze, nach der über- und außerplanmäßige Ausgaben als unerheblich im Sinne des § 89 NGO anzusehen sind, wird nicht geändert.

3257 Springe 1, den 07. Juni 1990

STADT SPRINGE

Woltmann
Bürgermeister

L.S.

Fastabend
Stadtdirektor